

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 138. Ratssitzung vom 12. September 2012**

### **3074. 2010/21**

#### **Motion von Mauro Tuena (SVP) und Stephan Lienhard (SVP) vom 13.01.2010: Verzicht auf Veranstaltungen der Stadtregierung während 90 Tagen vor den Gesamterneuerungswahlen des Stadtrats**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

***Mauro Tuena (SVP)** begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 5378/2010): Zurzeit befinden wir uns in der Mitte einer Legislatur und sehen die Stadträtinnen und Stadträte fast nur an Pressekonferenzen und Anlässen, die tatsächlich nötig sind. Wenige Wochen vor den Gesamterneuerungswahlen des Stadtrats allerdings, wenn alle neuen Kandidatinnen und Kandidaten viel Geld für den Wahlkampf ausgeben müssen, rücken sich die Stadträtinnen und Stadträte gern ins richtige Licht, indem sie mit Inseraten für fragwürdige Veranstaltungen werben, wie z. B. die Eröffnung eines Brunnens oder die Besichtigung eines Denkmals. Von solchen Anlässen erhoffen sich die Stadträtinnen und Stadträte, nicht vergessen zu gehen. Störend daran ist, dass die Werbung auf Kosten der Steuerzahlenden geht.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

***STP Corine Mauch:** Gemäss Gesetz hat der Stadtrat den Auftrag, die Bevölkerung über seine Aktivitäten zu informieren. Diese Pflicht kann nicht einfach 90 Tage vor den Gesamterneuerungswahlen erlöschen. Ein solches Moratorium wäre nicht mit unserer Funktionsweise und unserem Informationsauftrag vereinbar.*

Weitere Wortmeldungen:

***Severin Pflüger (FDP):** Wir müssen doch wissen, was in unserer Stadt läuft. Ausserdem bevorzugen wir Informationen aus erster Hand. Auch vor einer Wahl sollen sich die Mitglieder des Stadtrats direkt äussern und dadurch den Stimmberechtigten einen unverfälschten Eindruck vermitteln können. Eine Delegation des stadträtlichen Informationsauftrags an die Verwaltungsspitzen und an Stabsstellen wäre nicht sinnvoll. Den Motionären ist aber insofern beizupflichten, als es jeweils in der Phase vor den Stadtratswahlen tatsächlich eine Häufung von Medienkonferenzen mit schwachem bis gar keinem Inhalt gibt. Diese Schelte muss sich der Stadtrat gefallen lassen. Die Mitglieder sollten den politischen Informationsauftrag korrekterweise klar von ihrem privaten Wahlkampf trennen. Dies ist aber kein Grund zur Änderung der Gemeindeordnung. Es reicht, dass das Thema jetzt wieder einmal zur Sprache gekommen ist.*

2 / 2

**Min Li Marti (SP):** Die Stadträtinnen und Stadträte haben das Recht und die Pflicht, mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten und darüber zu informieren, und zwar auch vor den Wahlen. Solche Auftritte helfen den Stimmberechtigten schliesslich auch, sich ein Urteil zu bilden. Das letzte Wahlkampfespektakel braucht sich natürlich trotzdem nicht zu wiederholen.

**Roger Liebi (SVP):** Ein Stadtratsmitglied, dem es nicht gelingt, während der Legislatur auf sich und seine Arbeit aufmerksam zu machen, wird dieses Defizit in den 90 Tagen vor den Wahlen auch nicht mehr aufholen können.

**Isabel Garcia (GLP):** Anfänglich hegten wir noch Sympathie für die Motion. Nach einer genaueren Betrachtung kamen wir aber zum Schluss, dass das Begehren einige Tücken und sehr viele Fragezeichen aufweist. Unklar ist einerseits, wie genau überprüft werden könnte, ob es sich um steuergeldfinanzierte Veranstaltungen handelt oder nicht. Weiter stellte sich auch die Frage, wie in diesem Zusammenhang Neukandidierende zu behandeln wären.

**Markus Hungerbühler (CVP):** Die Bevölkerung erwartet, dass der Stadtrat präsent ist. Stadträtinnen und Stadträte sollen keine politischen Eunuchen sein. Die Forderung ist realitätsfremd.

**Michael Baumer (FDP):** Das Begehren der Motion ist im Gesetz bereits festgeschrieben. Demnach müssen Informationstätigkeiten öffentlicher Organe sachlich und objektiv sein. Politische Propaganda im Vorfeld von Wahlen ist damit ausgeschlossen. Abweichendes Verhalten muss zwar gerügt werden, eine Gesetzesänderung vermag dies aber nicht.

**Mauro Tuena (SVP):** Ich bin froh über das Votum von Severin Pflüger (FDP) und bitte die Stadtpräsidentin, zur Kenntnis zu nehmen, dass es durchaus kritische Stimmen betreffend solche «Aktivitäten-im-letzten-Moment» gibt. Man will zwar offenbar nicht den Weg über die Motion nehmen, den Stadtrat aber doch mahnen, sich mit unwichtigen Veranstaltungen zurückzuhalten.

Die Motion wird mit 23 gegen 97 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat